

**Medienkonferenz vom Montag, 17. September 2007,
Restaurant Hof zu Wil, 09.00 Uhr – 10.00 Uhr, 9500 Wil**

„Christentum und Islam im Spannungsfeld der Kulturen“

Wiler Erklärung 2007

(Empfehlungen des „Überparteilichen und interkonfessionellen Komitees der Stadt Wil“)

„Wiler Erklärung 2007 – Christentum und Islam im Spannungsfeld der Kulturen“

Ausgangslage

Im Jahr 2006 hat sich im Zusammenhang mit dem zur Diskussion stehenden Bau einer Moschee mit Minarett auf dem Platz Wil und der damit verbundenen Verunsicherung spontan ein überparteiliches und interkonfessionelles Komitee in der Stadt Wil gebildet, das dafür besorgt war, dass Anliegen und Sorgen aus der Bevölkerung ernsthaft, differenziert und umfassend behandelt wurden.

Der aus vier Anlässen bestehende Veranstaltungszyklus im Jahr 2007 setzte sich mit folgenden Themen auseinander:

- Moschee-Bau – Bedrohung oder Chance (2. Februar 2007)
- Grundwerte im Konflikt der Kulturen (20. April 2007)
- Berufsbildung und Arbeitsmarkt im gesellschaftlichen Spannungsfeld (25. Mai 2007)
- Christentum und Islam im Gespräch (Symposium vom 15. September 2007)

Namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben an den jeweiligen Podiumsgesprächen bzw. Anlässen mitgewirkt und wesentlich zum Erfolg mit breitem Echo beigetragen.

Für die Zukunft will das „Überparteiliche und interkonfessionelle Komitee der Stadt Wil“ mit der vorliegenden „**Wiler - Erklärung 2007**“ Impulse für ein friedvolles Zusammenleben verschiedener Religionen und Kulturen initiieren und die verantwortlichen Korporationen auf dem Platz Wil für ein aktives und mutiges Handeln animieren.

Impulse für zukünftige Aktivitäten

Das „Überparteiliche und interkonfessionelle Komitee der Stadt Wil“ lehnt sich an die von den Regierungen des Kantons und der Stadt St. Gallen, den Landeskirchen und dem Präsidium islamischer Gemeinschaften der Ostschweiz und des Fürstentums Lichtenstein verabschiedete „St. Galler Erklärung vom 10. September 2005“ an und empfiehlt den Entscheidungsträgern die Prüfung und Verabschiedung der vorgeschlagenen „Wiler - Erklärung“.

Integrationskommission

Das „überparteiliche und interkonfessionelle Komitee“ unterstützt die Bildung der im Integrationsleitbild vorgeschlagenen Integrationskommission und empfiehlt den Einbezug der verschiedenen Religionsgemeinschaften in die Kommission.

Begründung: Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass für eine erfolgreiche Integration die Berücksichtigung der religiösen Aspekte des Zusammenlebens notwendig ist.

Dank

Das Komitee dankt den lokalen Behörden und den an den vier Veranstaltungen mitbeteiligten Referentinnen und Referenten sowie den zahlreich erschienen Interessentinnen und Interessenten aus allen Bevölkerungskreisen und Kulturen.

Der Dank gilt in gleichem Masse den lokalen Medien, die objektiv und sachlich über die stattgefundenen Anlässe Bericht erstattet haben.

Das Komitee hofft, Impulse und Anregungen für ein Zusammenleben in Toleranz und Respekt gegeben zu haben.

Das „überparteiliche und interkonfessionelle Komitee“ wird sich auf Ende September 2007 auflösen. Die Mitglieder stehen auf Anfrage gerne für zukünftige Aktivitäten zur Verfügung.

Präsident: Josef Fässler, Präsident Kath. Kirchgemeinde
Ruth Frick-Beer, Vize-Präsidentin, CSP
Hisham Maizar, Vize-Präsident, Dachverband Islamischer Gemeinschaften
Roman Habrik, Finanzen, FDP
Ruth Kurath, Protokoll, CSP

Mitglieder: Bekim Alimi, Islamische Gemeinschaft Wil
Livia Bergamin Strotz, SP
Christoph Casty, Pfarrer, Evangelische Kirchgemeinde
Meinrad Gemperli, Pfarrer, Katholische Kirchgemeinde
Verena Gysling, GRÜNEprowil
Peter Hauser, EVP
Benno Krüsi, SP/Gewerkschaften
Lukas Merz, CSP
Fabienne Meyenberger, CVP
Martin Scherrer, CVP

Berater: Beda Meier, Koordinationsstelle für Integration, Kanton St. Gallen

„Wiler Erklärung 2007: Grundsätze und Leitlinien“

(Hinweis: Die „Wiler-Erklärung 2007“ wurde im August 2007 vom „Überparteilichen und interkonfessionellen Komitee der Stadt Wil SG“ zu Handen der Korporationen/Institutionen, Parteien, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sowie der Öffentlichkeit genehmigt und verabschiedet)

- ❖ Das interkulturelle und interreligiöse Zusammenleben muss aktiv gestaltet werden, Gemeinsamkeiten müssen gesehen und Unterschiede sollen nicht verleugnet werden.
- ❖ Die Religionsgemeinschaften bauen auf persönliche Begegnungen im religiösen Rahmen ebenso wie in Alltagssituationen.
- ❖ Wir rufen dazu auf, den interkulturellen und interreligiösen Dialog mit gegenseitiger Offenheit, Achtung und Respekt weiter zu pflegen. Ziel ist, Halbwissen durch bessere Kenntnisse zu ersetzen.

Kulturen und Religionen – Rolle der Religionsgemeinschaften

1. Die Kirchen und die Islamische Gemeinschaft bemühen sich um gegenseitiges Kennenlernen der gemeinsamen und unterschiedlichen Glaubensinhalte und Glaubensstraditionen.
2. Glaubenskonflikte, Missverständnisse und Vorurteile werden mit gegenseitigem Respekt im offenen Austausch der Standpunkte und Erfahrungen angegangen und bereinigt.
3. Vertrauensbildung soll durch Begegnungen und gemeinsame Anlässe gefördert werden.
4. Kirchen und Islamische Gemeinschaft bilden aus ihren Gremien einen Arbeitsausschuss, der die interreligiösen Beziehungen und Aktivitäten anregt und koordiniert.

Grundwerte – Rolle der multikulturellen Gesellschaft bzw. der Politischen Gemeinde Wil

5. Integration braucht Offenheit und Wertschätzung von beiden Seiten. Nur durch persönliche Begegnungen können Angst und Unsicherheit abgebaut und Vertrauen aufgebaut werden. Mit geeigneten Massnahmen sind Begegnungen zu schaffen. Die Massnahmen sind zwischen den betroffenen Stellen und Personen zu koordinieren.
6. Grundkenntnisse der deutschen Sprache sind elementar für eine Integration. Einen für jede Person verpflichtenden Deutschunterricht erachten wir als unerlässlich. Dazu bedarf es sowohl der Eigenverantwortung der Migrantinnen und Migranten (z.B. Eigeninitiative, Kostenbeteiligung etc.), als auch eines geeigneten Angebotes von staatlicher und privater Seite, insbesondere auch der Wirtschaft.

7. Lokal oder kantonal ist eine verpflichtende Integrationsvereinbarung mit den gegenseitigen Fördermassnahmen und Forderungen auszuarbeiten.
8. Jede islamische Gemeinschaft erarbeitet eine Grundsatzerklärung, in der sie sich zum schweizerischen Rechtsstaat bekennt. Als Basis dient die St. Galler Erklärung für das Zusammenleben der Religionen 2005. Sie bringt diese in ihren Zentren in 3 Sprachen an (Deutsch, Hauptsprache der Gemeinschaft und Arabisch). Im Gegenzug erhalten diese Gemeinschaften ein Integrationslabel.
9. Es ist nun Sache der zuständigen Personen, Ämter und Firmen, die Führung zu übernehmen und weitere Massnahmen zu treffen. Das überparteiliche und interreligiöse Komitee könnte sich im Rahmen von konkreten Veranstaltungen und Begegnungen allenfalls weiter betätigen.

Ausbildung – Beruf – Rolle der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer

10. Wir setzen auf qualitativ hoch stehende Real- und Sekundarschulabschlüsse, die allen Jugendlichen – auch denjenigen mit ausländischen Wurzeln – zu einer soliden Berufswahl und Ausbildung verhelfen.
11. Der Zugang zum Arbeitsmarkt soll durch enge Zusammenarbeit in der Beratung unterschiedlicher Zielgruppen sowie mit niederschweligen Berufsbildungsprojekten erleichtert werden. Personalverantwortliche und Betreuer von Lehrstellen- und Stellensuchenden sind noch besser zu vernetzen.
12. Wir treten für den bestehenden Grundsatz ein, dass für Arbeitnehmende in der Ausbildung und am Arbeitsplatz Motivation, Leistungsbereitschaft und Loyalität gegenüber dem Unternehmen Verpflichtung ist.
13. Wir empfehlen den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und Sprach- und Weiterbildungskurse in Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen, Verbänden oder Gemeinden anzubieten.
14. Wir sind der Auffassung, dass innerbetriebliche Aufstiegschancen durch Weiterbildungsangebote und durch die Förderung persönlicher Fähigkeiten, unabhängig vom kulturellen oder sozialen Hintergrund der Arbeitnehmenden, ermöglicht werden sollen.